

Kürzung bei Gesundheitsversorgung für Beamte

Bei der Suche nach Sparmöglichkeiten für den strapazierten thailändischen Staatshaushalt ist der Blick auf die Gesundheitsversorgung der Beamten, Arbeitnehmer in Staatsunternehmen sowie deren Familienangehörige gefallen. Bisher genießt dieser Personenkreis von etwa 7 Mio. Personen (2 Mio. Arbeitnehmer und 5 Mio. Familienangehörige) eine relativ großzügige Versorgung. Die Kosten des Systems sind in den letzten Jahren um etwa 20 % jährlich gestiegen, während die Zahl der Beamten nur um etwa 2 % jährlich steigt.

Nach Angaben des Chefs der Sozialversicherungsbehörde Chamlong Sriprasart und Beamten des Arbeitsministeriums ist diese Kostenexplosion unter anderem auf viele unan-

gemessen hohe Rechnungen und sogar Betrügereien mit gefälschten Erstattungsanträgen zurückzuführen.

Einer der diskutierten Wege zur Verringerung der Ausgaben ist die Versicherung der Beamten und Arbeitnehmer in Staatsbetrieben über das Sozialversicherungssystem, welches bislang Arbeitnehmer in privaten Betrieben schützt. Beamte und die *State Enterprises Relation Confederation* protestierte gegen die Pläne, da vor allem schlecht bezahlte Arbeitnehmer darunter leiden würden. Die Regierung versicherte, daß nicht das gesamte System abgeschafft werden solle, sondern es lediglich um die Begrenzung der Ausgaben und Bekämpfung des Mißbrauchs gehe.

Vgl. BP Online 16.1., 9.2., 11.2. 98

IWF-Konditionen gelockert

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 12. Februar 1998 nach Verhandlungen mit der Regierung einer Lockerung der Konditionen des Sanierungspakets für die thailändische Wirtschaft zugestimmt. Die Verpflichtung auf einen Überschuß im Staatshaushalt von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurde fallengelassen; der Staat darf nun im Haushaltsjahr 1998 ein Defizit von maximal ein bis zwei Prozent des Staatshaushalts einfahren.

Da der thailändische Staat aufgrund der Wirtschaftskrise weniger Einnahmen hat, wäre die ursprüngliche Auflage nur um den Preis einer zusätzlichen Drosselung der Wirtschaft zu erreichen gewesen. Ende Dezember 1997 hatte die Re-

nachrichten

gierung noch bestritten, eine Erleichterung der Konditionen anzustreben.

In Finanzkreisen wird die Situation Thailands mit vorsichtigem Optimismus betrachtet. Nach einer Studie des Finanzberaters Merrill Lynch hat Thailand den schlimmsten Punkt der Kapitalflucht hinter sich und hat nun gute Chancen auf eine baldige wirtschaftliche Erholung.

Vgl. BP Online 30.12. 97, 15.1. 98, 28.1. 98, 13.2. 98

Innenminister will Antikommunismus-Gesetz abschaffen

Der thailändische Innenminister Sanan Kachornprasart erklärte am 12. Februar 1998, er befürworte die Abschaffung des Antikommunismus-Gesetzes von 1952. Da keine Kommunisten mehr übrig seien, brauche man das Gesetz nicht mehr, zumal es möglicherweise in mehreren Punkten mit der neuen Verfassung un-

vereinbar ist. Das Antikommunismus-Gesetz erlaubt im Zuge der Bekämpfung kommunistischer Aktivitäten Verhaftungen, Pressezensur, Einschränkung der Bewegungsfreiheit sowie andere Einschnitte in verfassungsmäßig garantierte Freiheiten.

Vgl. BP Online 13.2. 98

Kontroverse um Miniröcke

An der Chulalongkorn-Universität ist ein Streit um Miniröcke entbrannt. Die Verwaltung der Universität hat im Januar 1998 eine Kampagne gegen das Tragen von Miniröcken gestartet, da diese angeblich den thailändischen Würdevorstellungen zuwiderlaufen und Sexualverbrechen provozieren. Studenten und mehrere Professoren protestierten gegen die Maßnahme, die einen unzulässigen Eingriff in die individuellen Freiheiten darstelle.

Vgl. BP Online 29.1. 98, 30.1. 98, 8.2. 98

Mißtrauensvotum abgeblasen

Ein von mehreren Funktionären der New Aspiration Party (NAP) initiiertes Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Premierminister Chuan Leekphai wegen »Regierungsversagen bei der Lösung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Probleme« ist schon vor seiner Formalisierung gescheitert, weil die Chart Pathana Party (CPP) – ebenfalls in der Opposition – die Initiative nicht mittragen wollte. Nach Auffassung der CPP sollte die Regierung zumindest 90 Tage haben, bevor ihre Arbeit bewertet werden könne.

Vgl. BP Online 1.2.1998

Arbeiterprotest wegen Bonuszahlung

Am 20. Januar 1998 protestierten Arbeiter der Autoteilefabrik Thai Summit Auto Parts (ein Mitsubishi-Zulieferer) gegen die Kürzung ihrer Bonuszahlungen. Mehr als 1000 Arbeiter blockierten eine Hauptstraße; einige Personen warfen Steine, wobei die Aktion infiltrierter Provokateure nicht ausgeschlossen wird. Nach mehrstündigen Verhandlungen gaben die Demonstranten einen schmalen Streifen zur

Durchfahrt der wartenden Autos frei. Als sich die Mehrzahl der Demonstranten bereits zurückgezogen hatte, räumte die Polizei gewaltsam die Straße, wobei mehrere Arbeiter und Polizisten verletzt wurden. Der harte Einsatz der Polizei wurde in der Presse ausführlich diskutiert, wobei die kritischen Auffassungen überwogen.

Vgl. BP Online 28.1.1998, 1.2.1998

Ausweisung illegaler Immigranten geplant

Arbeitsminister Trairing Suwannakhiri hat angekündigt, daß innerhalb der nächsten sechs Monate insgesamt 300 000 illegal in Thailand wohnende ausländische Arbeitnehmer ausgewiesen werden sollen. Hatte die Regierung in den letzten Jahren die illegale Einwanderung geduldet, um der Knappheit billiger Arbeitskräfte für die boomende thailändi-

sche Wirtschaft entgegenzuwirken, sollen diese Arbeitsplätze in der jetzigen Krisensituation für thailändische Arbeitnehmer frei gemacht werden. Der Minister versicherte, bei der Ausweisung werden die Menschenrechte und internationale Abkommen respektiert.

vgl. BP Online 16.1.98